



## Pressemitteilung

### Zur Kritik und zum geforderten Verbot der Demonstration am 7. Oktober 2025 in Gießen

Die jüngsten Äußerungen der Gießener CDU-Landtagsabgeordneten Michelle Kraft und Lucas Schmitz zur von der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen (IRH) angemeldeten Demonstration am 7. Oktober in Gießen nehmen wir mit Verwunderung zur Kenntnis.

#### 1. Verfassungsrechtlich geschützte Versammlungsfreiheit

Das Grundgesetz garantiert in Artikel 8 die Versammlungsfreiheit als ein zentrales Grundrecht. Sie ist ein Fundament unserer Demokratie und darf nicht aufgrund politischer Meinungsverschiedenheiten oder unliebsamer Kritik eingeschränkt werden. Die Forderung zum Verbot unserer Demonstration entbehrt jeglicher rechtlichen Grundlage. Unsere Veranstaltungen waren und sind friedlich, geordnet und im Geist des Respekts gegenüber allen Opfern.

#### 2. Unsere Haltung zu allen Opfern und die Instrumentalisierung des 7. Oktober

Der Vorwurf, wir würden die Opfer des 7. Oktober 2023 verschweigen oder missachten, ist sachlich falsch. In allen unseren Reden bei Demonstrationen und Kundgebungen heißt es ausdrücklich: *„Das Leben eines einzigen friedfertigen, wehrlosen und unschuldigen Menschen – ob Palästinenser oder Israeli – ist genauso wertvoll wie das Leben der gesamten Menschheit.“* Wir gedenken allen unschuldigen Opfern, gleich welcher Herkunft oder Religion, und lehnen jede Instrumentalisierung von Leid für politische Zwecke ab. Gerade deshalb kritisieren wir eindeutig, dass der 7. Oktober von der israelischen Regierung und ihrer Lobby in Deutschland als Vorwand für den Völkermord in Gaza missbraucht wird. Klar und unmissverständlich: Völkermord darf niemals als Selbstverteidigung gerechtfertigt werden.

#### 3. Zur Kritik an unserer Wortwahl

Uns wird vorgeworfen, wir hätten unsere Demonstration „als Provokation“ angelegt. Tatsächlich haben wir erklärt, dass uns bewusst ist, dass bestimmte politisch-gesellschaftliche Kreise, insbesondere die zionistisch-israelische Lobby, unsere Kundgebung als provokativ empfinden könnten. Das ist eine nüchterne Feststellung, keine Einladung zur Konfrontation. Was unsere Bezeichnung und Kritik an der „zionistisch-israelischen Lobby“ betrifft, so richtet sich diese nicht gegen jüdisches Leben oder Religion, sondern gegen politische Netzwerke, die – beispielsweise wie die Deutsch-Israelische Gesellschaft – jede völkerrechtlich begründete Kritik an israelischer Regierungspolitik reflexhaft als antisemitisch diffamieren. Diese systematische Verengung des öffentlichen Diskurses ist nicht nur gefährlich, sondern untergräbt die Glaubwürdigkeit echter Antisemitismusbekämpfung. Die Gleichsetzung legitimer Kritik an Israels Regierungspolitik mit Antisemitismus ist gefährlich – für den politischen Diskurs ebenso wie für den tatsächlichen Kampf gegen Antisemitismus. Sie führt zur Verdrängung der Unterscheidung zwischen jüdischem Leben und israelischer Regierungspolitik – eine Differenzierung, die für den gesellschaftlichen Frieden unerlässlich ist.

#### **4. Kritik an der Doppelmoral**

Besonders irritierend ist die Doppelmoral, die in den Vorwürfen der beiden Abgeordneten sichtbar wird. Sie fordern Empathie für die Opfer vom 7. Oktober 2023 in Israel – und wir teilen diese Empathie. Aber wo bleibt Ihre Empathie für die mehr als 20.000 von Israel getöteten Kinder in Gaza? Warum hören wir von Ihnen keine klare Verurteilung der israelischen Regierung und keine Kritik an dem Völkermord, der seit zwei Jahren in Gaza verübt wird?

Stattdessen bekunden Sie weiterhin Solidarität mit einer rechtsextremen israelischen Regierung. Nicht unsere Haltung ist – wie Sie behaupten – „zynisch und respektlos gegenüber den Opfern“. Zynisch und respektlos ist vielmehr diese Doppelmoral, die die Opfer in Gaza – insbesondere die über 20.000 getöteten Kinder – ignoriert oder verschweigt.

Wer ausschließlich das Trauma israelischer Familien vom 7. Oktober hervorhebt, aber das Trauma des palästinensischen Volkes mit über 65.000 Opfern nicht einmal erwähnt, zeigt genau diese Doppelmoral. Und wer das Existenzrecht Israels betont, dabei aber verschweigt, dass Israel seit Jahrzehnten systematisch die Grundlagen des Existenzrechts des palästinensischen Volkes zerstört, verdreht die Wahrheit.

#### **5. Ziel und Zweck der Demonstration**

Mit unserer Demonstration senden wir ein doppeltes Signal:

- Gedenken an alle Opfer – sowohl an die über 1200 getöteten Menschen am 7. Oktober 2023 in Israel als auch an die über 65.000 getöteten Palästinenser in Gaza seither, darunter mehr als 20.000 Kinder.
- Forderung nach Recht und Gerechtigkeit – Völkermord darf niemals als Selbstverteidigung gerechtfertigt werden. Dauerhafter Frieden ist nur durch Gerechtigkeit und eine gerechte Zwei-Staaten-Lösung möglich.

#### **6. Konstruktive Einladung**

Wir laden auch die kritischen Stimmen, darunter die Abgeordneten Kraft und Schmitz, ein, sich mit unserer Grundsatzposition vertraut zu machen. Seit unserer Gründung im Jahr 1997 setzen wir uns konsequent ein gegen Gewalt, gegen Terror, für Dialog, Diplomatie und Frieden im Nahen Osten. Unsere Reden und Stellungnahmen sind öffentlich zugänglich und dokumentieren unsere klare Haltung.

#### **Fazit:**

Die IRH wird ihre Demonstration am 7. Oktober 2025 in Gießen wie angekündigt verantwortungsvoll, friedlich und im Respekt gegenüber allen Opfern durchführen. Wer sich für Demokratie und Menschenrechte einsetzt, darf nicht diffamiert oder mundtot gemacht werden.

Gießen, den 4. Oktober 2025

Ramazan Kuruyüz

Vorsitzender der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen/IRH